



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Umfassende Entlastungen der Bürger und Einführung des „Steuertarifs auf Rädern“**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den Einkommensteuertarif jährlich zu Beginn eines jeden Veranlagungszeitraums an die Entwicklung der Verbraucherpreise anzupassen.

Der Landtag stellt fest, dass die bisherigen Versuche der Bundesregierung, den Bürger zu entlasten, nicht zufriedenstellend sind. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, sich – wie bereits in der Drs. 18/23469 gefordert – für tatsächliche Entlastungen der Bürger in allen Bereichen einzusetzen.

### **Begründung:**

Das allgemeine Preisniveau steigt seit Juli 2021 stetig an und befindet sich Mitte des Jahres 2022 bei fast 8 Prozent.<sup>1</sup> Die Inflation belastet die Bürger zunehmend und bewegt sich seit Monaten auf hohem Niveau. Die bisher von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen entlasten den Bürger kaum, da diese in ihrer Wirkung gering und in ihrer Dauer begrenzt sind. Dabei führt der einseitige Fokus auf die steigenden Energiepreise für Endverbraucher in den vergangenen Monaten in die Irre, denn steigende Energiepreise treiben – zeitlich versetzt – die Preise nahezu aller Produkte und Dienstleistungen in die Höhe. Die Privathaushalte brauchen also eine allgemeine Entlastung.

Die Fraktion der AfD im Bundestag hat bereits im Jahr 2018 (BT-Drs. 19/1844) die kalte Progression thematisiert und deren Abschaffung gefordert.<sup>2</sup> Auch in der aktuellen Legislaturperiode im Bund wurde, zu Beginn dieses Jahres, ein Antrag auf die Bekämpfung der kalten Progression mit einem ausgearbeiteten Konzept gestellt (BT-Drs. 20/698).<sup>3</sup> Durch die Einführung des „Steuertarifs auf Rädern“, also einer jährlichen Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Verbraucherpreisentwicklung, kann der kalten Progression begegnet werden. Daher sollte die Staatsregierung sich auf Bundesebene für die Übernahme des Konzepts einsetzen.

Außerdem sollte sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine weitere Erhöhung des Grundfreibetrags, des Sparerpauschbetrags und eine Erhöhung der Entfernungspauschale und Anwendung derselben ab dem ersten Kilometer einsetzen. Abseits des Einkommensteuergesetzes würde zudem die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer eine spürbare Entlastung für den Bürger bedeuten – daher sollte die Staatsregierung auch diese Forderung an den Bund richten.

<sup>1</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/07/PD22\\_296\\_611.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/07/PD22_296_611.html)

<sup>2</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/19/018/1901844.pdf>

<sup>3</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/006/2000698.pdf>